

Große Anfrage

der Abgeordneten Dirk Fischer (Hamburg), Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Eduard Oswald, Renate Blank, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Klaus Brähmig, Georg Brunnhuber, Cajus Caesar, Wolfgang Dehnel, Hubert Deittert, Georg Girisch, Peter Götz, Manfred Heise, Hans Jochen Henke, Norbert Königshofen, Dr. Hermann Kues, Peter Letzgus, Eduard Lintner, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Dr. Michael Meister, Günter Nooke, Norbert Otto (Erfurt), Hans-Peter Repnik, Heinz Schemken, Wilhelm Josef Sebastian, Dorothea Störr-Ritter, Peter Weiß (Emmendingen) und der Fraktion der CDU/CSU

Aktuelle Verkehrspolitik

Die Bundesregierung hat Wahrheit und Klarheit in der Verkehrspolitik versprochen. Die bisherigen Beratungen mit dem Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Kurt Bodewig, und anderen Vertretern der Bundesregierung im zuständigen Bundestagsausschuss haben bisher keine ausreichend präzisen Antworten und Festlegungen ergeben.

Deshalb fragen wir die Bundesregierung:

1. Zu welchem Zeitpunkt werden die neuen methodischen Ansätze verabschiedet sein, die die Erstellung eines neuen Bundesverkehrswegeplanes (BVWP) ermöglichen?

Wann werden diese dem Parlament zugänglich gemacht werden?

2. Welcher Zeitraum ist daran anschließend erforderlich, um mit diesem Instrumentarium einen BVWP zu erarbeiten?
3. Zu welchem Zeitpunkt (Angabe in Jahr und Monat) wird dieser neue BVWP vorliegen und dem Deutschen Bundestag zugeleitet werden?
4. Warum hat die Bundesregierung den gesetzgeberischen Auftrag, die im Jahre 2000 ausgelaufenen Ausbau-Gesetze mit den Bedarfsplänen für Straße und Schiene fortzuschreiben, nicht erfüllt?

Weshalb wurde das Recht des Gesetzgebers, über diese Ausbaugesetze zu beschließen, durch Regierungsentscheidungen in Form des Investitionsprogramms 1999 bis 2002, durch das Zukunftsinvestitionsprogramm und das Anti-Stau-Programm ersetzt?

5. Zu welchem Zeitpunkt (Angabe in Jahr und Monat) werden die Ausbaugesetze für die Verkehrsträger Straße und Schiene dem Deutschen Bundestag zugeleitet?

Ist beabsichtigt ein vergleichbares Gesetz auch für die Binnenwasserstraßen zu schaffen?

6. Mit welcher Priorität werden die Projekte des Anti-Stau-Programms in den neuen BVWP eingestellt werden?
7. Mit welcher Priorität werden die Projekte, die vom Gesetzgeber in den alten BVWP als Vordringlicher Bedarf eingestellt waren, in den neuen BVWP eingestellt werden?
8. Mit welcher Priorität werden die Projekte des Zukunftsinvestitionsprogramms in den neuen BVWP eingestellt werden?
9. In welcher Höhe werden Einnahmen aus der LKW-Straßenbenutzungsgebühr, die ab dem 1. Januar 2003 für das Anti-Stau-Programm zur Verfügung stehen sollen und dort bereits projektbezogen verplant sind, erwartet und in welcher Höhe werden sie für die Staubeseitigung auf Bundesautobahnen jährlich eingesetzt werden?
10. Sind bereits Ausschreibungsverfahren zur Ermittlung einer geeigneten Erfassungs- und Inkassotechnologie für die Straßenbenutzungsgebühr durchgeführt worden?
11. Wenn ja, welche Technologie soll als Ergebnis des Ausschreibungsverfahrens zum Einsatz kommen?
12. Welcher finanzielle Aufwand ist erforderlich, um diese Technologie zu installieren?
13. Welcher zeitliche Aufwand ist für die Herstellung der vollständigen Einsatzreife des Systems erforderlich?
14. Kann bereits jetzt ein exakter Zeit- und Kostenplan mit konkreten Teilschritten dem Parlament vorlegt werden?
15. Welche gesetzgeberischen Voraussetzungen zur Erhebung der Straßenbenutzungsgebühr sind bisher bereits geschaffen worden?
16. Wenn nein, können diese Gesetze vorgelegt oder ein genauer Zeitpunkt (Angabe Jahr, Monat) genannt werden, zu dem diese dem Deutschen Bundestag zugeleitet werden?
17. Wann wird ein schlüssiges Konzept für die künftige Schienenverkehrspolitik der Bundesregierung vorliegen?
18. Will die Bundesregierung die Wettbewerbsfähigkeit des Verkehrsträgers Schiene intermodal und intramodal stärken?
19. Wann wird das von der Bundesregierung angekündigte Konzept zur Trennung von Netz und Betrieb als unabdingbare Wettbewerbsvoraussetzung vorliegen?
20. Wie soll sichergestellt werden, dass die Deutsche Bahn Netz AG im Jahr 2001 tatsächlich 6,9 Mrd. DM zuzüglich 2,0 Mrd. DM UMTS-Mittel investieren wird?
21. Wie wird sichergestellt, dass das Investitionsgeschehen verstetigt wird und ein ausreichend großer Planungsvorlauf entstehen kann?
22. Zu welchem genauen Zeitpunkt (Jahr, Monat) wird die notwendige Novelle zum Regionalisierungsgesetz dem Deutschen Bundestag zugeleitet?
23. Wann wird der verfassungsrechtliche Gesetzgebungsauftrag zum Artikel 87e Abs. 4 Grundgesetz (GG) erfüllt werden?
24. Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, dass zum kommenden Fahrplanwechsel 13 Millionen Zugkilometer aus dem InterRegio-Programm gestrichen werden, im Hinblick auf Artikel 87e Abs. 4 GG?

25. Wann wird die Bundesregierung ihr für den Herbst 1999 angekündigtes Konzept für den Kombinierten Ladungsverkehr (KLV) mit der Zielprojektion der Mengensteigerung und Wirtschaftlichkeit (ohne Verluste bzw. sonstige Subventionen) mit Zahlen endlich dem Parlament vorlegen?
26. Wird die Bundesregierung dem Vorschlag der Pällmann-Kommission, die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland von einer Steuerfinanzierung stärker auf eine Nutzerfinanzierung umzustellen, folgen?
27. Ist in diesem Zusammenhang mit dem Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, Einigung erzielt worden, dass
 - dies für die Nutzer gemäß Pällmann-Kommission belastungsneutral erfolgen muss, was bedeutet, dass zusätzliche Nutzerentgelte durch sinkende Steuern kompensiert werden müssen,
 - die Nutzerentgelte zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur dauerhaft zur Verfügung stehen und nicht dem allgemeinen Haushalt zur Verfügung gestellt werden müssen?
28. Ist bei der Verteilung der Nutzerentgelte auf die verschiedenen Verkehrsträger an Quersubventionierung z. B. der Wasserstraßen und der Eisenbahn durch die Straße gedacht, oder soll jeder Verkehrsträger seine Einnahmen behalten und reinvestieren dürfen?
29. Auf welche Art und Weise werden die Wettbewerbsbedingungen im europäischen Straßengüterverkehrsgewerbe weiter harmonisiert?
Wie wird die weiter fortgeführte Subventionspraxis verhindert?
30. Welche angekündigten Verkehrsprojekte wurden bereits im EFRE-Programm (EFRE: Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung) finanziert?
31. Wann wird die Bundesregierung die Novelle des Fluglärmschutzgesetzes vorlegen und hat dies Auswirkungen auf das Flughafenkonzept der Bundesregierung?
32. Da nach Informationen der Bundesregierung um den Jahreswechsel 2001/2002 die Machbarkeitsstudie für alternative deutsche Transrapid-Anwendungsstrecken vorliegen soll, wann wird die Bundesregierung dann über den Bau der Alternativstrecke entscheiden?
33. Wie ist die Finanzierung dieser Strecke gesichert, nachdem im Haushalt entgegen der Zusage aus dem Februar 2000 nur noch Leertitel eingestellt sind?
34. Wird die Bundesregierung das notwendige Bedarfsgesetz noch in dieser Legislaturperiode dem Parlament vorlegen?

Berlin, den 26. Juni 2001

Dirk Fischer (Hamburg)
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Eduard Oswald
Renate Blank
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Klaus Brähmig
Georg Brunnhuber
Cajus Caesar
Wolfgang Dehnel
Hubert Deittert
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

Georg Girisch
Peter Götz
Manfred Heise
Georg Girisch
Peter Götz
Manfred Heise
Hans Jochen Henke
Norbert Königshofen
Dr. Hermann Kues
Peter Letzgus

Eduard Lintner
Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)
Dr. Michael Meister
Günter Nooke
Norbert Otto (Erfurt)
Hans-Peter Repnik
Heinz Schemken
Wilhelm Josef Sebastian
Dorothea Störr-Ritter
Peter Weiß (Emmendingen)

